

Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de]  
An: 'Emmi.Zeulner@bundestag.de'; 'Carsten.Linnemann@bundestag.de'  
Cc: 'Rudolf Mühlbauer'  
Betreff: Medienkampagne CDU/CSU

Gesendet: Do 12.07.2018 11:08

Sehr geehrte(r) Büromitarbeiter(in),  
bitte drucken Sie diese Email inklusive der Anlagen aus und legen Sie dieses Ihrem/r Abgeordneten zur Kenntnisnahme vor.  
Vielen Dank, mit freundlichen Grüßen Dr. A. Rüter

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages  
Emmi Zeulner (CSU, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit) und  
Carsten Linnemann (CDU, Mitglied im Ausschuss für Arbeit & Soziales),

die Spatzen pfeifen Ihre Medienkampagne vom 07.07.2018 von den Dächern. Dumm nur, dass die meisten sichtbaren Mitteilungen in sogenannten „unabhängigen regionalen Zeitungen“ in Wahrheit durch das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) der Madsack-Mediengruppe in Hannover, einem **Medienbeteiligungsunternehmen der SPD**, gesteuert sind und sich inhaltlich kaum voneinander unterscheiden. Auch die sogenannten überregionalen Presse-/Medien-Organe beziehen sich darauf.

Sie wiederholen also unverdrossen das **Gesülze von der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten**, wenn Sie vom **staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch** durch Verbeitragung (Kranken- und Pflegeversicherung) der Erlöse von Kapitallebensversicherungen, also von Privateigentum, sprechen. Und Sie wollen es sich nicht nehmen lassen in ihren jeweiligen Parteien entsprechende Anträge in den jeweils nächsten Parteitag einzubringen, um den Betrug entsprechend der Ideen der SPD auf einem etwas niedrigeren Niveau fortzuführen (durch Halbierung der ab 2004 verdoppelten Beitragsätze in § 248 SGB V).

Sie haben als Mitglieder Ihrer Ausschüsse die Email vom 13.02.2018 mit Betreff „Die Blinden reden über die Farbe“ und am 27.05.2018 die Email an alle Bundestagsabgeordneten mit Betreff „Staatlich organisierter Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch“ erhalten.

Eine Argumentation, Sie wüssten nicht, welche Rolle Sie in diesem staatlich organisierten Betrug spielen, kann also nur begründet sein in einer ggf. bei Ihnen vorhandenen Alexie. Daraus ergäbe sich aber die Frage, wie Sie es bei diesem Handicap durch all die Parteifilter bis auf den Platz eines gewählten Abgeordneten geschafft haben. Gegen Sie wäre dann die Petra Hinz (SPD) mit ihrem jahrelang gegenüber den gesetzgebenden Bundestagskollegen vorgetäuschten 2. Staatsexamen in Jura ein echtes Waisen“mädchen“.

Etwas Neues hat Ihre Presseschwemme vom 07.07. denn doch gebracht: „Eine Nebenverabredung bei der von Rot-Grün zu verantwortenden Rentenreform aus dem Jahr 2003 führte zur doppelten Beitragszahlung in der Anspar- und in der Auszahlungsphase bei der betrieblichen Altersvorsorge“. Zunächst, es war keine Rentenreform, sondern eine Reform der Sozialgesetzgebung (SGB), das gehört allerdings mehr in den Bereich der Allgemeinbildung. ABER, die Verantwortung lag bei Rot-Grün? Wissen Sie nicht oder wollen Sie nicht wissen, dass Ihr hochverehrter Horst Seehofer als „Sozialexperte“ von CDU/CSU die Änderungen im § 229 SGB V in nächtlicher Aktion am Parlament vorbei mitgebastelt hat als Vorlage für die anschließende Rechtsbeugung durch das Bundessozialgericht und bei dieser Schweinerei so eine klammheimliche Freude gewann, dass er von „einer seiner schönsten Nächte“ sprach?

Wollen Sie uns mitteilen, dass die SPD und die CDU/CSU jetzt einen heimlichen Wettbewerb austragen, wer am dreistesten lügen (Lüge = bewusst unwahre Behauptung) kann? Angesichts dessen und der Emnid-Umfragewerte vom 08.07.2018 (CDU/CSU 30%, AfD 17%, SPD 17%) können sie doch aus voller Brust gemeinsam mit der SPD singen: wir hab'n den Kanal noch lange nicht voll.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter & Rudolf Mühlbauer

Von: Emmi Zeulner, MdB [emmi.zeulner@bundestag.de]

Gesendet: Mo 16.07.2018 16:50

An: arnd\_rueter

Cc:

Betreff: AW: Medienkampagne CDU/CSU

Sehr geehrter Herr Rüter,

vielen Dank für Ihre Nachricht an Frau Zeulner, die ich ihr auch gerne vorlegen werde. Allerdings möchte ich Sie gerne noch fragen, welchen Zweck Sie mit Ihrer Nachricht verfolgen?

Frau Zeulner wird sich auf jeden Fall für eine Entlastung einsetzen und sie ist sich auch sehr bewusst, dass gerade die Direktversicherungsgeschädigten hier in eine Regelung miteinbezogen wurden, die nicht auf sie hätte angewandt werden dürfen.

Bezüglich der Äußerungen zu Seehofer konnte bisher noch keiner nachweisen, dass sich Seehofer mit dieser Aussage auf die Betriebsrentenregelung bezogen hat. So liegt und lediglich ein Argumentationspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2003 vor, in dem folgende Passage zu finden ist:

Die Beitragspflicht von Rentnern wird erweitert. Auf zusätzliche Alterseinkünfte wie Versorgungsbezüge und Alterseinkommen aus selbständiger Tätigkeit soll statt des halben der volle Beitragssatz erhoben werden. Zusätzliche Einnahmen voraussichtlich 1,8 Mrd. €.

Begründung: Die für die Rentner anfallenden Behandlungskosten von 48 Mrd. € werden nur zu etwa 40 % aus den GKV-Beiträgen der Rentner beglichen.

Bewertung: Die Maßnahme bedeutet eine erhebliche Schmälerung des Nettoeinkommens der betroffenen Rentner. Es ist auch ein Rückschlag für den politisch gewünschten Aufbau einer privaten Altersvorsorge. Deren Rendite wird durch die Beitragserweiterung geschmälert.

Dieses Papier wurde u.a. von Horst Seehofer verfasst.

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin

i.A.

*Constanze Benecke*

---

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, M.Sc.



Deutscher Bundestag  
Büro Emmi Zeulner, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227 -75436  
Fax: +49 30 227 -76437  
E-Mail 1: [emmi.zeulner@bundestag.de](mailto:emmi.zeulner@bundestag.de)  
E-Mail 2: [emmi.zeulner.ma02@bundestag.de](mailto:emmi.zeulner.ma02@bundestag.de)  
[www.emmi-zeulner.de](http://www.emmi-zeulner.de)

Von: arnd\_rueter [mailto:arnd\_rueter@web.de]

Gesendet: Sonntag, 29. Juli 2018 22:37

An: 'emmi.zeulner@bundestag.de'; 'emmi.zeulner.ma02@bundestag.de'

Cc: 'Rudolf Mühlbauer'

Betreff: WG: Medienkampagne CDU/CSU

Sehr geehrte Frau Benecke,

auch wenn Sie auf unsere Email an Frau Zeulner (und Herrn Linnemann) im Auftrag von Frau Zeulner antworten, so ist dies doch im wesentlichen eine Email an die MdB Emmi Zeulner und wir erwarten selbstverständlich von Ihnen, dass sie diese inklusive des nachfolgenden Textes und inklusive der Anlage auch vollständig zu sehen bekommt.

Sehr geehrte Frau Zeulner,

Ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin fragt in Ihrem Namen „welchen Zweck wir mit [unserer] Nachricht verfolgen“, um dann bereits im nachfolgenden Satz mitzuteilen, dass „gerade die Direktversicherungsgeschädigten“ **„hier in eine Regelung miteinbezogen wurden, die nicht auf sie hätte angewandt werden dürfen“**.

Aber es wird munter weiter von „den Direktversicherungsgeschädigten“ geschrieben, als hätten weder Sie noch Ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin es geschafft, die Emails vom 13.02.2018 mit Betreff „Die Blinden reden über die Farbe“ (die Sie als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit bekommen haben) und vom 27.05.2018 mit Betreff „Staatlich organisierter Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch“ (die Sie wie alle MdB des Deutschen Bundestages bekommen haben) zu lesen. Und schon gar nicht haben Sie es für nötig befunden, sämtliche zur Verfügung stehenden Informationen auszuwerten (siehe Anlage); als Politiker reden Sie scheinbar lieber ohne allzu viel belastendes Faktenwissen über ein Thema.

Wir wiederholen aus der Email vom 13.02.2018:

Der **erste Sachverhalt** ist die Verdoppelung der KV- und PV-Beiträge für **echte Betriebsrenten (§ 248 SGB V)**. Dieses zu begründen mit der ja bereits durchgezogenen zweifachen Besteuerung der Rentenbeträge mag verfassungsmäßig vielleicht noch durchgehen, obwohl Herr Voßkuhle ja nicht müde wird, die moralisch-ethische Dimension des Grundgesetzes zu betonen. Im einfachen Recht gibt es die Kategorie der **Sittenwidrigkeit**. Es wäre falsch zu behaupten, aus dem Grundgesetz sei Ethik und Forderung nach moralischem Handeln auszuklammern. Das zweite Wort des GG lautet „Würde“, an 28. Stelle steht „Menschenrechte“ und erst an 54. Stelle steht „Recht“. Eine Argumentation, die Mehrfachverbeitragung von Eigentum der Bürger sei schon deswegen verfassungskonform und sittenkonform, weil die Dämme mit der Doppelbesteuerung der Rentenbeträge ohnehin schon gebrochen sind, ist verantwortungslos gegenüber unserer Demokratie.

Wer keine Probleme darin sieht, dass sich der Staat und öffentlich-rechtliche Organisationen mehrfach am selben Geld der Bürger bedienen, muss zumindest die Frage beantworten, warum er nicht das **GG Art 3 (1) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“** einhalten will und ein vehementer Verfechter auch anderer Doppelbesteuerungen/-verbeitragungen ist; z.B. die mehrfache Vermögenssteuer auf private Vermögen (warum nicht gleich jedes Jahr aufs Neue, bis nichts mehr da ist) oder die mehrfache Erhebung der Erbschaftssteuer auf ein Erbe. Wer hier feststellt, dass das eine „genehmigte“ (Rente, Lebensversicherungen), die Vermögen der unteren Einkommensklassen sind und das andere die Vermögen der eher oberen Einkommensklassen, der gewinnt eine besseres Verständnis davon, was **Gleich und Ungleich nach dem Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetz** mittlerweile bedeuten.

Der **zweite Sachverhalt** ist die **rechtsbeugende und verfassungswidrige „Umdeutung“ von Kapitalerträgen aus Kapitallebensversicherungen in Betriebsrenten (§ 229 SGB V)**. Die Tatsachen sind in der Anlage 1 zusammenfassend beschrieben (über: Wie sich der Staat 21 Milliarden von RentnerInnen verschaffte; <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8868> [...]). Zu diesem **staatlich organisierten Betrug** war die gesetzliche Änderung nicht ausreichend, aber sie war die Voraussetzung für die nachfolgende **Kriminalisierung der gesamten mit Beitragsrecht befassten deutschen Sozialgerichtsbarkeit und die Kriminalisierung des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts**.

Und dafür trägt die Politik, d.h. Leute wie Sie, die Verantwortung. Die Politiker der etablierten politischen Parteien glauben doch nicht im Ernst, die Bestohlenen mit Sprüchen wie „es ist kein Geld für eine rückwirkende Korrektur“ vorhanden, abspeisen zu können. Es geht hier nicht um eine „Wünsch-Dir-Was-Veranstaltung“ für die Politik; das Diebesgut ist inklusive Verzinsung zurück zu zahlen, **basta** (um mit Schröder, dem 1. Verantwortlichen für die ganze Schweinerei zu sprechen).“

Wir die Millionen von Geschädigten, sprechen **ausschließlich über den zweiten Sachverhalt**. Die „Regelung“, die nicht hätten angewandt werden dürfen, heißt **Gesetz**, es ist der **§ 229 des Sozialgesetzbuches V (SGB V)**. Diese gesetzliche Regelung erlaubt auch nach ihrer Änderung durch das GMG keine Verbeitragung von Kapitallebensversicherungen also von privaten Sparerlösen. Es war vor 2004 und es ist auch nach dem 1.1.2004 geltendes Recht, dass die Kapitalerlöse aus Kapitallebensversicherungen nicht verbeitragt werden dürfen. Dabei ist es absolut unerheblich, wie und von wem die jährlichen Versicherungsgebühren bezahlt wurden und wie oft sie verbeitragt wurden, denn es ist nach wie vor **geltendes Recht**, dass diese **mit Bezahlung bei der Kapitallebensversicherung in das private Eigentum des unwiderruflich Bezugsberechtigten übergehen bzw. übergegangen sind**. Es bleibt uns immer wieder ein Rätsel, wie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages (MdB) sich zu Mitgliedern der Legislative (Gesetzgebung) haben wählen lassen, ohne überhaupt Gesetze lesen zu können, geschweige denn, neue gestalten zu können. Schämt man sich da nicht wenigstens heimlich?

Dass diese privaten Sparerlöse trotzdem verbeitragt werden, liegt am **Betrug** der GKV und an der **kriminellen Rechtsprechung (Rechtsbeugung und Verfassungsbruch)** durch sämtliche mit Beitragsrecht befassete Senate aller bundesdeutschen Sozialgerichte. Angefangen hat dies mit der kriminellen Rechtsprechung des 12. Senats des Bundessozialgerichts, wurde fortgesetzt durch die kriminelle Rechtsprechung durch eine jeweils unter Vorsitz von Kirchhof agierenden Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (nur bei der 1. Nichtannahme war er „nur Beteiligter“) und wurde flächendeckend auf alle Sozialgerichte ausgebreitet. Und wer hat dafür gesorgt, dass diese Richter beim 12. Senat des BSG und beim Ersten Senat des BVerfG die staatlich organisierte Kriminalität durch „Unrecht“sprechung absichern ... die etablierten politischen Parteien SPD und CDU/CSU.

Wie das alles gelaufen ist, das könnten Sie durch die zur Verfügung gestellte Information sehr genau wissen (setzt allerdings voraus, dass Sie es überhaupt wissen wollen).

Und wenn Sie jetzt durch Ihre Frau Benecke mitteilen lassen, Sie würden „sich auf jeden Fall für eine Entlastung einsetzen“, dann nehmen Sie zur Kenntnis: Wir verzichten auf eine Modifikation des Betrugs. Wir wollen das staatlich organisiert, mit mafiösen Strukturen gestohlene Geld vollständig zurück inkl. der dafür gesetzlich festgelegten Verzinsung. An diesen kriminellen Strukturen sind alle beteiligt: die GKV, die oben genannten Gerichte und allen voran die etablierten politischen Parteien (SPD, CDU/CSU, Die Grünen). Es wird sich nichts ändern, wenn jetzt die CDU/CSU darüber sinniert, ob sie auf den nächsten Betrug der SPD (Reduktion des Diebstahls durch Senkung der Gebühren; über diese Betrugsmodifikation brütet die SPD schon seit 2016) aufspringt.

Es gibt nur eine Möglichkeit, den Auswirkungen dieses **größten** (in Anzahl beteiligter staatlicher und öffentlich rechtlicher Institutionen) **Skandals in der Geschichte der Bundesrepublik** dauerhaft zu entkommen: Beenden Sie/sie endlich diesen **staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch** und stellen Sie/sie unseren demokratischen Rechtsstaat wieder her. Sorgen Sie/sie für eine aufsichtsrechtliche Anordnung des Gesundheitsministers an die Gesetzlichen Krankenversicherungen: das gestohlene Geld ist inkl. gesetzlich festgelegter Verzinsung zurück zu zahlen. Dann könnten die politischen Parteien ohne Bedrängnis darüber nachdenken, wie sie die kriminellen Strukturen in der Justiz wieder beseitigen. Allerdings erscheint eine solche Denkweise schon arg illusorisch, nachdem nicht einmal mehr die CDU und die CSU, geschweige denn die GroKo eine gemeinsame Sprache finden. Der Herr Gesundheitsminister wird wieder von notwendigen 40 Milliarden Euro reden, denn er weiß nicht einmal, dass er gar nicht wissen kann, um wie viel es geht.

Der Betrug läuft beim Einzelnen über 10 Jahre, es werden weiterhin Kapitallebensversicherungen fällig werden, die Millionen Betrogener werden weiterhin und **immer klarer sehen, wer sie betrügt** und sie werden weiterhin mit allen Mitteln dagegen angehen. Die politischen Parteien, die diesen Betrug in die Welt gesetzt und organisiert haben und nicht willens sind diesen zu beenden, werden weiterhin bei den Wahlen merken, dass sich das Ganze nicht mehr unter den Teppich kehren lässt. Die Angst vor Neuwahlen ist berechtigt, die Umfragewerte der SPD können die CDU/CSU nicht wirklich trösten, die SPD ist ihnen nur ein Stück voraus.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter & Rudolf Mühlbauer

Von: Emmi Zeulner, MdB [emmi.zeulner@bundestag.de]

Gesendet: Mo 30.07.2018 09:34

An: arnd\_ruetter

Cc:

Betreff: AW: Medienkampagne CDU/CSU

Sehr geehrter Dr. Rüter,

vielen Dank für Ihre erneute Email. Auch wenn Sie das vielleicht nicht zufrieden stellt, kann ich dennoch erneut versichern, dass ich auch diese E-Mail an Frau Zeulner weitergeben werde und sie wird sie auch zur Kenntnis nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Constanze Benecke

---

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, M.Sc.

Deutscher Bundestag

Büro Emmi Zeulner, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 -75436

Fax: +49 30 227 -76437

E-Mail 1: [emmi.zeulner@bundestag.de](mailto:emmi.zeulner@bundestag.de)

E-Mail 2: [emmi.zeulner.ma02@bundestag.de](mailto:emmi.zeulner.ma02@bundestag.de) [www.emmi-zeulner.de](http://www.emmi-zeulner.de)